

10/11

Diakonisches Werk
Schleswig-Holstein
Landesverband der
Inneren Mission e.V.

Mitgliederversammlung
Rendsburg,
27. Oktober 2011

Lebensdienlichkeit als das Menschengerechte und Sachdienliche

Bericht der Landespastorin
Petra Thobaben



Lebensdienlichkeit als das Menschengerechte und Sachdienliche

Bericht der Landespastorin zur Mitgliederversammlung
des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein

Rendsburg, 27. Oktober 2011

I. Grundlegendes

Lebensdienlichkeit als das Menschengerechte und Sachdienliche ist und bleibt Inhalt diakonischer Reflexion, um Theoriezusammenhänge ihres Handelns plausibel zu machen. Sie zu kommunizieren ist notwendig, um in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Diskurs zu bleiben. Durch den mit dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel aufgebauten Kontakt haben wir in diesem Jahr die Fragen Ethik und Wirtschaft als einen roten Faden in unsere Reflexionen aufgenommen. Die Anregungen aus Veranstaltungen, Gesprächen und Diskussionen dazu fließen in diesen Bericht ein.

An den Beginn meines Berichts will ich eine Fürbitte aus der Liturgie der Brüdergemeinde stellen, die am 29. September 2011 in den Losungen zum Nachdenken einlud. Es war der Tag, da es im Bundestag galt, Zustimmung oder Ablehnung zum Euro-Rettungsschirm festzuhalten. Mit der Zustimmung sind die Schuldenlasten der Staaten in der EU nicht abgetragen. Es bleibt auch im Dunkeln, ob Europa sich als Einheit begreifen kann und will, in dem transnationale Solidarität geübt wird. Wir sind Teil des Ganzen, verwoben mit dem nationalen, europäischen und globalen Kontext. Umso wichtiger will mir die Fürbitte erscheinen:

Lenke die Herzen und das Handeln der Verantwortlichen in Parlamenten und Regierungen, in Wirtschaft und Medien, in Forschung und Ausbildung, dass sie mit Ernst und Geduld Gerechtigkeit schaffen, Frieden fördern und die Schöpfung bewahren.

Es geht nicht nur um „Die“ in Berlin, Brüssel oder Kiel. Es geht in dieser Fürbitte um uns an dem jeweiligen Ort unserer Verantwortung. Sie macht uns aufmerksam auf die Welt, in der wir leben. Sie verschließt uns die Fluchtwege aus der Welt hinaus in die innerliche Erbauung oder eine vermeintlich bessere Gegenwelt. Sie weist nicht dem Rückzug den Weg, weil das Evangelium auffordert, in die Welt zu gehen und dort zu leben. Wir sind mitten im Leben der Welt. Als Christenleute sind wir gefragt, wie wir es denn konkret mit Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfung halten. Und: Wir agieren und werden agiert in den Krisen und Ambivalenzen unserer Zeit:

- da das Pflege-, Gesundheits- und Sozialsystem weiterzuentwickeln und so zu ordnen ist, dass die Grundlagen der Versorgung bis 2030 gesichert bleiben. Bis dahin wird es ein steiniger Weg werden.

Erst dann wird die heute auf dem Kopf stehende Pyramide der Demografie zu einem auf seiner Schmalseite stehenden Rechteck geworden sein. Dann werden sich die Generationen wieder relativ ausgeglichen gegenüber stehen und die „Sorge“-Lasten der Gesellschaft werden gestaltbar sein.

- in der Krisen der vertrauten Ordnungen und Systeme an der Tagesordnung sind. Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und Fiskalische Krisen treiben Staaten an den Rand der Handlungsfähigkeit. Globale Eingebundenheit erscheint hinderlich, weil nationale Lösungsstrategien nicht frei davon entwickelt werden können. Deutschland gehört zu den reifen und von Wohlstand geprägten Volkswirtschaften – das Rating als Triple A Staat unterstreicht dies nur. Armut hier ist anders als Armut in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Unsere Lebens- und Konsumgewohnheiten, so konnten wir während der Klimakampagne praktisch erproben, bedingen auch globale Armut. Armut ist mehr als Einkommensarmut. Armut schließt ab und schließt aus. Kinder zum Beispiel, wenn sie sich zurückziehen aus dem

Kreis ihrer Schulfreunde, weil sie nicht mithalten können mit dem, was die anderen haben. Erwachsene zum Beispiel, die sich aus der Sportmannschaft, vom gemeinsamen Training abmelden, weil die Grundsicherung nicht das Getränk für das gemütliche und Gemeinschaft fördernde Beieinanderbleiben im Clubhaus nach dem Training hergibt.

- in der es auch an den Rändern der saten Gesellschaften bröckelt und Länder und Kommunen durch fiskalische Notlagen die freiwilligen Mittel für das weite Feld der Daseinsvorsorge und den Erhalt der sozialen Infrastruktur fortschreitend kürzen. Die Schere zwischen denen, die alles und noch mehr haben und denen, bei denen es kaum zum Nötigsten reicht, öffnet sich unaufhaltsam weiter. Hier ist dringend nach gerechter Um- oder Neuverteilung zu suchen, die auch die Fragen nach Anerkennung und Machtverteilung nicht ausspart.
- da die Erfolgsgeschichte des gemeinsamen Europas auf dem Spiel steht und zerrieben werden kann in nationalen Engstirnigkeiten politischen Handelns und medialem Populismus zur Verunsicherung

cherung der Bürgerinnen und Bürger. Bei dem Ruf: „Nicht mit unseren Steuergeldern!“ wird schnell verdrängt, was mit den römischen Verträgen begann und seit 2009 mit dem Vertrag von Lissabon eine dauerhafte Grundlage bietet für friedliche Koexistenz und Grenzüberwindungen als Vollzug gewonnener Freiheit im europäischen Binnenmarkt mit gemeinsamen Märkten, einer gemeinsamen Währung, mit dem ungehinderten Austausch von Waren, Gütern, Arbeit, Dienstleistungen und Finanzen und der Schaffung vergleichbarer und gleichwertiger Lebensräume auch im Sozialen.

Diakonie ist normativ an den Auftrag der Kirche gebunden, in ihrem Handeln und Wirken die Menschenfreundlichkeit Gottes als liebende Zuwendung zum Menschen in seinen konkreten Lebenslagen zu bezeugen. Das ist die Basis, aus der heraus Gewissheit und Ruhe zum Handeln erwächst. Um leben zu können, um die Grundbedürfnisse zum Überleben absichern zu können, wirtschaftet und produziert der Mensch. Ethik und Wirtschaft sind miteinander eng verwobene Felder, die in ihrer sozialen Praxis auf einem

Wertekanon beruhen und Voraussetzung dafür sind, dass sich „gutes Leben“ kontinuierlich und verlässlich gestalten lässt. Innerhalb dieses Ordnungs- und Orientierungsrahmens agiert Diakonie. Sie ist für andere erkennbar, wenn sie plausible und dem Leben konkreter Menschen dienliche Angebote der Lebensbewältigung und Lebensgestaltung in Bildung und Erziehung, in Pflege und Assistenz, in Beratung und Inklusion macht. In ihrem ethisch-wirtschaftlichen Handeln verhilft sie Menschen zu „assistierter Freiheit“. Qualitätssicherung heißt, Unternehmen und Dienstleistungen in ihrer Wertschöpfung praktisch an ihren ethischen Grundlagen auszurichten und zu überprüfen.

Gegen die weitverbreitete Meinung, dass Ethik in Wirtschaft von eher untergeordneter Wichtigkeit ist, die gern anderen überlassen bleiben soll, sei festgehalten, dass es keinen Bereich des Lebens gibt, der unabhängig von Ethik ist. Sie kann nicht disponibel sein. Sie bildet als integrative Ethik, der es um das Menschen- und Sachgerechte geht, die Grundlage wirtschaftlichen Handelns. Menschen wirtschaften, um zu leben. Ziel ihres Wirtschaftens ist das „gute Leben“. „Gutes

Leben“ befragt Wirtschaft und Ökonomie: wem dient Wirtschaft. Ist sie dem Leben von Menschen dienlich als Mittel zum Zweck der Befriedigung seiner Bedarfe und Bedürfnisse. Dient sie dem Erwerb der Lebensgrundlagen, die Martin Luther in der Auslegung der Vaterunser-Bitte um das tägliche Brot als das beschreibt, was „not tut für Leib und Leben“ - vom angemessenen Wohnraum, über das auskömmliche Einkommen und gute Gemeinschaft in Familie, Freundschaft und Nachbarschaft bis hin zu guter Regierung und Frieden.

Diakonie wird unter der Verheißung der Präsenz des auferstandenen Christus in die Welt und zu den Menschen gewiesen (Matthäus 28.19-20). Sie hat Teil und gestaltet an den konkreten Orten Strukturen und Rahmen mit. In Schleswig-Holstein ist sie maßgebliche Mitgestalterin des Aktionsraumes der Sozialwirtschaft. Die ethische Kernfrage unternehmerischen Handelns – inwieweit das, was Wirtschaft treibt, dem Leben von Menschen dienlich ist und Menschen in die Lage versetzt, ihr „gutes Leben“ zu gestalten - ist auch Kernfrage diakonischen Unternehmens.

Wirtschaften, das Produzieren und der Austausch von Waren, Dienstleistungen, Wissen, Kapital und Arbeitskraft – sei es im Makro- oder Mikromarktgeschehen – braucht Vertrauen, das sich aus konsentierten ethischen Grundlagen und Normen des sozialen Miteinanders speist, die anschlussfähig, lebensdienlich und diskursfähig sind.

II. Anschlussfähigkeit

Das Leben von Menschen, Gesellschaften und Staaten ist geprägt von Veränderungen. In ihnen liegen Chancen. Krisen lassen sich nicht verhindern, sie sind zu bewältigen, zu mindern und zu managen. Menschen und Gesellschaften reagieren darauf mit unterschiedlichen Strategien. Sie können für die Bewältigung sowohl Strategien der Beharrung und des Festhaltens als auch Strategien der Neugier und Veränderungsbereitschaft verfolgen.

Immer geht es um die Fragen der gestalteten und verantworteten Freiheit und um Offenheit und Anschlussfähigkeit an die Zukunft, die unbekannt ist. Der Mut, Neues zu

wagen und Freiheit zu bewahren, korreliert mit der Vergewisserung des eigenen Selbst und der das Sein orientierenden Normen. Die ethischen Grundlagen sind erkennbar offen zu kommunizieren und in den Dialog mit anderen zu bringen. Pluralität und Anerkennung sind Werte, die in Prozessen ausgehandelt werden müssen und Kooperation und Vernetzung fördern. Kooperation und Vernetzung sind notwendige Elemente für eine tragfähige Zukunftsgestaltung im globalen Kontext.

A Unruhen und Umbrüche

Von den Unruhen in den Städten Großbritanniens, die das Land in diesem Sommer in Ängste versetzte, lässt sich einiges ablesen. In den Randalen wurde klar, dass wirtschaftlicher Misserfolg und Exklusion soziale Bindungen auflösen. Sinkender Wohlstand korreliert mit der Abnahme von Solidarität. Dadurch kann der bestehende Gesellschaftsvertrag beschädigt werden. Die Revolte der vom Wohlstand ausgeschlossenen Jugendlichen macht klar, dass sich Bürgerpflichten schlecht einklagen lassen, wenn staatliche Verpflichtungen gegenüber den

Bürgerinnen und Bürgern eingeschränkt oder aufgehoben werden. Kündigt der Staat den Gesellschaftsvertrag einseitig auf oder verändert er diesen grundlegend, ist es schwer an die Solidarität und die Verantwortung der Bürgerschaft zu appellieren. „Wenn gegenseitige Verpflichtungen, so etwa im Arbeits-, Sozial- und Bildungssystem vom Staat einseitig gekündigt werden, lockert er die Bindung zu seinem Vertragspartner, dem Bürger“ (H.-G. Soeffner, FAZ, 17.08.2011) Auch die friedlichen Proteste der gut ausgebildeten und arbeitslosen jungen Erwachsenen gegen die soziale Bindungslosigkeit des Aktienkapitals in der Nähe der Wall-Street in New York weist auf diesen Tatbestand hin. In Deutschland ist es bislang ruhig geblieben. Aber auch hier beginnt der sinkende Wohlstand soziale Bindungen aufzulösen.

Die sogenannten freiwilligen Leistungen als nicht einklagbare Pflicht des Staates, für seine von Armut und prekären Lebenslagen betroffenen Bürgerinnen und Bürger gleiche anzubieten, sind gegenwärtig in einem Abbau begriffen. Die durch die freiwilligen Leistungen stabilisierte niedrighelwellige soziale Infrastruktur stärkt und erhält die

Kohäsionskräfte in den Regionen. Stärkung von Solidarität bei stagnierendem Wohlstand ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit.

B Sozialraumorientierung

Sie gilt in finanzschwachen Kommunen als Lösung, um aufwachsende Bedarfe und abnehmende Ressourcen in der Balance zu halten. Die Jugendhilfe mit ihren stetig steigenden Kosten und der geringen Messbarkeit ihrer Erfolge war der Bereich, in dem verschiedene Landkreise in Schleswig-Holstein versucht haben, neue Steuerungsinstrumente als Kostendämpfer im Sozialraum zu erproben. Wer im System als Anbieter etabliert ist, dem geht es gut damit; wer draußen ist, hat Pech gehabt. Das vorhandene Budget teilt zu und belohnt wird, wer als Anbieter sparsam wirtschaftet. Der darf vom Mehr behalten. Der Wille und das Interesse des konkreten Menschen ist wichtig, wenn gemeinsam die unmittelbare Bedürftigkeit und der daraus abzuleitende Bedarf festgestellt werden.

Der soziale Raum ist Lebensraum für größere Gemeinschaften, für alte und junge, er-

werbstätige und unbezahlt Arbeitende, für erfolgreiche und gescheiterte. Ohne Budget lässt sich der Sozialraum nicht gestalten und der „KOSOZ“ zum Trotz muss festgehalten werden, „dass eine mit dem geltenden Recht vereinbare Form der Sozialraumbudgetierung nicht gefunden werden kann“ (Chr. Bernzen). Leistungs- und Entgeltvereinbarungen als Grundlagen vertraglich gebundener Dienstleistungen ließen gemeinsam nach den konkreten Wirkungen sozialer Arbeit für das Leben konkreter Menschen fragen - und nach dem Nutzen für die Lebensdienlichkeit eines Sozialraums. Damit ließe sich nicht nur der Preis beschreiben, der für einen Dienst gezahlt werden muss, sondern auch der Wert im Sinne gewonnener Möglichkeiten zur Selbständigkeit, zur Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit, zur aktiven Teilhabe trotz widriger Umstände. Nicht nur Bilder vom Elend sollten Geschichten erzählen und das Wissen um das Soziale prägen. Wichtig sind Geschichten von denen, die sich begleitet und assistiert auf den Weg gemacht haben, persönliches Elend zu mindern oder zu überwinden.

C Neue Heimat Fremde

Frauen und Männer machen sich seit jeher allein oder mit ihren Familien auf den Weg, um in anderen Ländern Schutz und Fürsorge, Sicherheit und Freiheit zu gewinnen. Sie suchen neue Orte für „gutes Leben“. Sie kommen als Arbeitskräfte und bleiben, weil sie ein Stück Heimat in die neue Umgebung transferieren können. Sie kommen als Flüchtende vor Klimakatastrophen, vor gesellschaftlichen Umbrüchen, vor Herrschaftswechsel oder weil sie aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihrer Volkszugehörigkeit zu einer unterdrückten Minderheit in ihren Herkunftsländern verfolgt werden.

Gern verdrängt, aber Deutschland ist ein Einwanderungsland ohne strategische Einwanderungspolitik. In Deutschland stammen gut 20 % der Bürgerinnen und Bürger aus anderen Ländern und Kulturkreisen. Ihnen begegnen vielfältig Vorbehalte, sie werden diskriminiert und ausgeschlossen. Viele ziehen in eigene Wohnquartiere und schließen sich ihrerseits ab. Dadurch kann der Anschluss an die Gesellschaft verloren gehen. Diakonische Beschäftigung mit Migration

und Flucht trägt den Potenzialen dieser gesellschaftlichen Gruppe zu wenig Rechnung, übersieht zu oft den kulturellen und sozialen Beitrag, den dieses knappe Viertel der Bürgerschaft Deutschlands für den Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft leistet. Migrantinnen und Migranten sind nicht nur Zielgruppe wohlfahrtsstaatlichen Handelns durch diakonische Träger. Sie sind Mitgestaltende und Nachfragende von Dienstleistungen vom Kindergarten bis hin zur Pflege. Was bedeutet das für die künftige Ausgestaltung von Angeboten? Die vertrauten Settings werden sich entweder unter der Hand oder gemeinsam gestaltet verändern.

Die Offenheit für den Fremden wird zur Verständigung und zur Kommunikation der ethischen Grundlagen führen müssen. Im Sinne Richs sind die menschlichen Existenzialien „Glaube“, „Hoffnung“, „Liebe“ sowohl im christlichen, als auch muslimischen oder anderen religiösen/weltanschaulichen Grundlagen zu reflektieren. Der Aufbruch Deutschlands auch in eine Integrationsgesellschaft hinein ist zu befördern. Im Umgang mit dem Fremden, im Leben einer Kul-

tur des Zusammenlebens wird diakonisch das „dicke Brett“ gebohrt, Strukturen zur Veränderung zu bewegen und gemeinsam an den Motivationen zu arbeiten. Auch hier gilt es den Anschluss zu halten und für Zukunft offen zu sein.

III. Lebensdienlichkeit

Ökonomie ist weder wertfrei noch geschlechtsneutral. Sie benötigt politische Gestaltung und Rahmensetzung nach lebensdienlichen Vorgaben, die Vertrauen und Engagement frei setzen. Lebensdienliche Rahmen gilt es in den Sektoren Unternehmen – Markt – Staat – Sozialwirtschaft – Privathaushalt für den gesellschaftlichen Wohlstand produktiv werden zu lassen.

Lebensdienlichkeit als ethisches Grundmaß fragt nach den Indikatoren zur Beurteilung wirtschaftlichen Handelns. Sie fragt auch nach den Rahmenbedingungen, in denen Arbeit als Dienstleistung oder Produktion erbracht wird. Sie fragt nach gerechter Entlohnung, nach Arbeitssicherheit, nach Gesundheitsschutz, nach Work-Work-Lifebalance vergüteter Arbeit und der Sorgearbeit. Sie

fragt nach dem Warum und den Auswirkungen. Wir sind es gewohnt, wirtschaftliches Handeln in Messgrößen abzubilden, um Vergleiche mit dem wirtschaftlichen Handeln anderer anstellen zu können. Benchmarking unter Krankenhäusern oder Anbietern der Pflege kennen wir und im Vergleich zwischen Volkswirtschaften wird das wirtschaftliche Handeln, der Erfolg der Volkswirtschaft im BIP abgebildet. Unreflektiert bleiben in der Regel die Normen und Werte, die der Definition von Indikatoren zur Messung des BIP zugrunde liegen und offen bleibt die Frage, auf welchen Menschen- oder Weltbildern fußen sie? Unbezahlte Arbeit als Sorgearbeit in Familien, Freundschaften, Nachbarschaften oder als vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement findet bislang keinen Eingang in die Berechnungsgrundlagen des BIP. Sie fehlen als Indikatoren. Unbezahlte Arbeit bleibt so unsichtbar und nicht anerkannt. Indikatoren, die unbezahlte Arbeit als soziales Kapital bewerten und damit ihre grundlegende Bedeutung für die „Produktion“ sozialer Kohäsion in den Blick nehmen, könnten langfristig die Beurteilung von Prosperität, Wachstum und Wohlstand einer Volkswirt-

schaft insgesamt verändern. Solche Indikatoren ließen auch die Frage der Geschlechtergerechtigkeit neu akzentuieren.

A Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit

Zur Arbeitssituation und zur Arbeitszufriedenheit sollte eine Befragung der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AG-MAV) Auskünfte erteilen. Sie hat zu Verstimmungen geführt. Aus Sicht der Dienstgeber erweckte sie den Anschein, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten zum Beitritt in eine Gewerkschaft bewegt werden. In einem Gespräch mit dem Vorstand der AG-MAV wurde berichtet, dass ein Rücklauf der Fragebögen von gut 50 % erfolgte und dass die Mehrheit derer, die geantwortet hatte, sich für die Tarifpartnerschaft entsprechend der nordelbischen Sozialpartnerschaft ausgesprochen hat. Hier soll keine Bewertung dieser Aussagen stattfinden; nur soviel scheint deutlich, das nordelbische Modell des kirchengemäßen zweiten Weges scheint Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern plausibler zu sein. Einen Beitrag dazu haben mit Sicherheit die skandalisierenden Medienbe-

richte über Leiharbeit, über Ausgründungen oder Lohndumping geleistet. Aber auch die Tatsache, dass befristete Arbeitsplätze, die durch die Jobcenter gefördert werden, kürzere Laufzeiten und kürzere Verlängerungsmöglichkeiten aufweisen. Derartige Berichte schüren Ängste in der Mitarbeiterschaft und verstellen den Blick dafür, dass auf beiden Wegen – dem kirchengemäßen 2. und 3. Weg – solide Grundlagen zur Verfügung stehen.

Im Ergebnis beschäftigt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie vor allem die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz. Gerade im stationären Bereich spürt man nach Aussagen der AG-MAV ein hohes Maß an Arbeitsverdichtung dadurch, dass mit insgesamt weniger Personen bestimmte Arbeitsleistungen zu erbringen sind. Kritisch wird die Organisation der Arbeit befragt, die Freiräume zur Gestaltung zurückdrängen. Deutlich sind die Anfragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Dienst- oder Arbeitgeber hinsichtlich von Maßnahmen der Gesundheitsprävention. Hier wird nicht so sehr nach physiotherapeutischen Angeboten gefragt, sondern nach dem systemischen Zu-

sammenhang von Arbeitsorganisation und Krankheitsanfälligkeit. Mit Sorgen werden innerhalb der Belegschaften die Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen beobachtet, die nicht geeignet sind, den Lebensunterhalt auskömmlich abzusichern. Der Hinweis darauf, dass doch Frauen gerne die Zuarbeiterrinnen zum Familieneinkommen sind, darf unter Geschlechtergerechtigkeitsaspekten und aufgrund der Tatsache, dass jede 2. Ehe in Deutschland geschieden ist und das gültige Scheidungsrecht die Positionen der Frauen, die sich im Lauf der Ehe überwiegend der Familienarbeit gewidmet haben, nicht mehr ausreichend schützt, kritisch hinterfragt werden. Auch hier wird der Zusammenhang von Ethik, Ökonomie und Geschlechtergerechtigkeit deutlich.

Die Zahl derer, die in der Pflege arbeiten und mehr als einen „Job“ haben, wächst kontinuierlich. Am Ende einer Nachtwache übermüdet eine Morgenschicht in der ambulanten Pflege anzutreten, wirft Fragen nach der Lebensdienlichkeit diakonischen Wirtschaftens und nach den Vereinbarkeiten von Familie und Beruf auf. Hier ist nach Gendergerechtigkeit zu fragen, nach Work-Work-

Life-Balance, nach zu verändernden Arbeitszeitangeboten und -modellen und nach Vergütungen, die dem Aufwand der Berufsausbildungen angemessen sind und mit der sogenannten Mindestlohngarantie von 8,50 Euro brutto in der Stunde als nicht überbezahlt erscheint. Egal ob AVR- oder Tarifpartnerschaft, in manchen Feldern erfüllen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Entwicklung mit Sorge, die sie als eine Form der Entsolidarisierung zwischen den Berufspartnern erleben. Ein Mehr an Entgelt beispielsweise bei Medizinerinnen und Mediznern, geht überwiegend nicht mit einem äquivalenten Mehr im Pflegedienst einher. Die Kultur unseres Arbeitsrechts im kirchengemäßen 2. oder 3. Weg wird langfristig daran zu messen sein, inwieweit sie in der Sozial-Partnerschaft lebensdienliche Vergütungs- und Arbeitsrahmen schaffen kann, in denen weder die Mitarbeitenden noch die in ihrer Freiheit assistierten jungen und alten Frauen und Männer, Mädchen und Jungen zu Objekten werden. Das „Einklagen“ vertrauenswürdiger und verlässlicher Rahmen sollte nicht als Egoismus gebrandmarkt werden. Gerade der Care-Sektor produziert einen nicht unerheblichen Mehrwert an Le-

bensqualität im Sozialraum, für die Menschen und für die soziale Kohäsion. Dienstgemeinschaft bleibt Koproduktion zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft gemeinsam mit denen, die Unterstützung und Hilfe brauchen. Hier sei an die Frage nach dem „was willst du, das ich dir tun soll“ erinnert, die Jesus denen stellt, die um Rettung und Heilung bitten.

B Gesundheits- und Sozialwesen

Sozialwirtschaft ist auch in Schleswig-Holstein in den letzten 3 Jahren zum Jobmotor geworden. Zwischen Juni 2008 und Juni 2011 ist nach Aussagen der Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion Nord - die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 27.400 gestiegen. Den „Löwenanteil“ des Arbeitsplatzanstiegs verzeichnen die Bereiche der wirtschaftlichen Dienstleistungen mit 10.392 und des Gesundheits- und Sozialwesens mit 9.994 Beschäftigten. An dritter Position liegt das Baugewerbe mit 4.672 Beschäftigten. Die genannte Zahl kompensiert dabei die Abnahme von rund 6.319 Arbeitsplätzen vorrangig im verarbeitenden Gewerbe (-3.606),

in der Informations- und Kommunikationswirtschaft (-1.171) und im öffentlichen Dienst (-983).

Der Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens ist streng durch reguliert durch gesetzlich festgelegte Steuerungsinstrumente von der Krankenhausbedarfsplanung über Ausbildungsregelungen, Pflegeverordnungen für ambulant und stationär erbrachte Leistungen, Anforderungen an Gebäude und Anlagen und vieles mehr. „Der Staat kann daher als das institutionelle Zentrum der Steuerung des Gesundheitswesens bezeichnet werden“¹. Angebot und Nachfrage nach Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Sozialwesen werden langfristig einen Überhang angebotsseitig haben. Megatrends, die die Entwicklungen bis 2030 orientieren werden, werden folgendermaßen gelistet²: Zum einen darf die demografische Entwicklung nicht unterschätzt werden. Der Altersanstieg hat auch eine Verstärkung von Morbidität und Multimorbidität zur Folge. Zum zweiten wird die kontinuierliche Weiterentwicklung von technologischen Innovati-

¹ Wifor/PriceWaterhouse/Coopers. Fachkräftemangel, S. 23

² Vergl. Wifor

onen im Bereich der Medizin und Pflge-technik und die Weiterentwicklung von Diagnostik und Therapie wirken. Neben Rationalisierung, Standardisierung und Prozessoptimierung werden die Ausweitung von ambulanter Versorgung bei gleichzeitiger Reduzierung stationärer Versorgung auf die Beschäftigten und die Arbeitgeber wirken. Auch die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und der Vergütungen werden in der Zukunft einen noch stärkeren Einfluss darauf haben, sich für eine Berufsausbildung oder einen Arbeitsplatz im Gesundheits- und Sozialwesen zu entscheiden. Wer das Gefühl haben wird, nur ein kostenproduzierender Faktor für die Gesellschaft zu sein, wird sich nicht für die Berufe in diesem Bereich entscheiden. Mit den laufenden Veränderungen wird einhergehen, dass sich berufliche Professionalitäten verändern werden. Manch uns vertrauter Beruf wird entfallen und manch neuer entstehen. Ich vermute, wir werden künftig einen Trend zu generalistisch qualifizierten Berufen haben, die die Breite der Aufgabenfelder gemeinsam mit zivilgesellschaftlich Engagierten abdecken werden. Spezialisierungen werden sich eher in Zentren oder an Knotenpunkten

ansiedeln und von da aus in die Lebens- und Arbeitsbereiche hinein wirken. Hier gilt es in den nächsten Jahren alte und vertraute Einstellungen abzulegen und neue Haltungen, Konzepte und Curricula für die Arbeitswelt im Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen zu entwickeln. Ein Schritt dahin kann der Runde Tisch zum Thema Fachpersonal in der Pflege sein.

C Kommunale Versorgungslandschaften

Derzeit tagt in Schleswig-Holstein, durch das IGSF (Institut für Gesundheits- und Systemforschung) wissenschaftlich begleitet, ein Beirat, der Vorschläge zur Priorisierung von Leistungen im Gesundheitswesen erarbeiten und diskutieren soll. Eine wichtige Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Frage von Versorgungslandschaften. Denn eins ist deutlich, auch in Schleswig-Holstein gibt es vor allem an der Westküste Bereiche, in denen es auf lange Sicht schwer werden wird, das volle Angebot an Versorgung im Gesundheits- und Sozialwesen aufrecht zu erhalten. Das hat nicht nur mit den Fragen der Finanzierungssicherheit unserer Systeme zu tun, sondern auch mit den kleinen

Wanderungsbewegungen von Menschen aus der Fläche heraus in die erreichbare Nähe von Städten. Die Diskussionen um die Eingliederungshilfe, Sozialraumorientierung, die Pflegeversicherung, das Strukturanpassungsgesetz im Gesundheitswesen machen deutlich, dass in der Zukunft die Systeme sich stärker vernetzen werden und vernetzen müssen. Damit werden sie sich gleichzeitig dezentralisieren und somit kommunalisieren. Hier sei noch einmal auf den Bericht des letzten Jahres verwiesen. Mit Bourdieu ist festzuhalten, dass Diakonie Akteur auf dem Spielfeld sozialer Gestaltung ist. Sie muss als Mitspielerin ihre Position als Spielmacher beschreiben. Lediglich Mitläufer zu sein, bringt ins Abseits. Im vernetzten Agieren gilt es besonders, den eigenen normativen Auftrag deutlich erkennbar für die anderen im Netzwerk Agierenden sein zu lassen. Luthe ist zuzustimmen, wenn er feststellt: „Dass dem faktischen Bedeutungszuwachs der örtlichen Ebene auch eine gesteigerte Verantwortung der Kommunalpolitik in legitimatorischer Hinsicht korrespondiert, die überdies ein Überdenken der heutigen und künftigen Gestaltungsfähigkeit kommunaler Selbstverwal-

tung im Staatsgefüge erfordert, wird aktuell indes nicht ausreichend klar gesehen.“³

Auch hier schwingt die Frage nach dem, was dem Leben der Menschen konkret dient mit. Diakonie ist Teil der Versorgungslandschaften, weil diese Grundstrukturen für ein lebensdienliches Leben bereithalten. Die ambulante palliative und hospizliche Versorgung mag an dieser Stelle ein Beispiel sein. In ihr vernetzen sich Professionalitäten der Medizin, der Pflege, der Physiotherapie, der Psychologie, der Seelsorge in Kooperation mit dem kranken und sterbenden Menschen, seinen Angehörigen und Freunden und mit denen, die im freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagement in der hospizlichen Versorgung Verantwortung übernehmen. Peter Godzik, der im Sommer in den Ruhestand gegangen ist, hat in seinem Engagement deutlich darauf geachtet, dass die Balance zwischen Leistungserbringung und Freiwilligkeit gehalten wird und nicht zu Lasten der Freiwilligkeit verrutscht. Er ist auch der, der deutlich Wert auf die Stärkung der Kompetenzen in der Freiwilligkeit gelegt hat und in diesem Sommer seine Erfah-

3 Ernst-Wilhelm Luthé: Kommunale Gesundheitslandschaften, in NDV Juli 2010

rungen aus 3 Jahrzehnten veröffentlicht hat.⁴ Er verweist auf Martin Luther, der von der Überwindung der Ängste vor dem Sterben sprechen kann und Türen öffnet, wenn er festhält: „und danach wird ein großer Raum der Freude sein.“ Da sind die Schritte der Begleitung auf dem Weg, auf den sich die Seele eines Menschen im Sterben macht: Gerufen, gefragt, bedacht, erfüllt, gesegnet, begabt. Und nicht von Ungefähr wird das Sterben mit dem Geborenwerden in Beziehung gebracht; beides geschieht unter Mühe und Schmerzen und führt aus dem engen Dunkel hinein ins Licht und Weite. Da ist die Gewissheit in Professionalität und freiwillig engagierter Kompetenz, dass Gott besucht, aufrichtet, gerecht und barmherzig ist und an seinen Bund denkt. Diese Vergewisserung dient dem Leben, das in den Grenzerfahrungen von Geburt und Sterben und ein Leben lang zu wagen ist, das gestaltet sein will im Imperfekt menschlichen Seins. Diakonisches palliatives und hospizliches Engagement geht Wege mit Kranken und Sterbenden im Vertrauen auf den, der Vorläufer und Mit-Läufer, Nach-Läufer, Wegbereiter und Vertretender ist.

4 Peter Godzik: Hospizlich engagiert, Hamburg 2011

Kommunale Versorgungsstrukturen stellen alle Akteure vor Herausforderungen, wenn der konkrete Mensch und seine Lebensbedingungen betrachtet werden. Wir werden uns verändern müssen in unseren Lebensstilen und -gewohnheiten. Diakonische Unternehmen werden in ihre strategischen Planungen noch stärker als bisher einbeziehen müssen, was dem Leben dient – dem eigenen und dem der Mitmenschen. Hier sei noch einmal auf Luthé verwiesen:

„Für Aufgaben einer personennahen und integrativ ansetzenden Strukturentwicklung im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssektor aber steht, abgesehen von durch Erfahrung klug gewordenen Praktikern, ausreichend qualifiziertes Personal derzeit nicht zur Verfügung. Nicht minder im Bereich der kommunalpolitischen Interessenvertretung braucht es Leute mit gut ausgebildeten Fähigkeiten der Analyse und der Abstraktion. Denn die Herausforderungen, um die es geht, liegen gleichsam unter der Oberfläche und sind mit im Gegenständlichen verhafteten Denkweisen nicht zu bewältigen.“⁵

5 Luthé, a.a.O.

IV Diskursfähigkeit

Wirtschaft muss Menschengerecht und Sachgerecht gleichermaßen sein. Was dem Menschen nicht gerecht wird, nicht die Lebensgrundlagen und Rahmenbedingungen bietet, die seiner ihm innewohnenden und unverfügbaren Würde entspricht, kann nicht sachgerecht sein. Menschen sind WeltbürgerInnen und StaatsbürgerInnen, sie sind Gesellschaftsmitglieder und WirtschaftsbürgerInnen. Sie brauchen solide Kenntnisse um wirtschaftliche und ethische Grundlagen und den Austausch über ihre jeweiligen religiösen, kulturellen, geschlechtsprägenden und weltanschaulichen normativen Grundlagen ihres Interagierens und Kommunizierens. Sie brauchen die kritische Distanz zur Wahrnehmung ungerechter Haltungen und ungerechter Strukturen als personales und strukturelles Böse, sie brauchen das Wissen um ihre Mitgeschöpflichkeit in der Welt und um die Mitmenschlichkeit mit anderen. Sie brauchen den Respekt und die Anerkennung des jeweils anderen und den Mut, Befragte und Befragende gleichermaßen zu sein. Es geht um Vielfalt und Anerkennung des Anderen und um Umverteilung. Es geht

um Partizipation an den Gütern und um Verantwortung im Handeln. Kommunikation und Interaktion zwischen Menschen braucht das Wissen um den ethischen Imperativ (Lögstrup) als die besorgte und unausgesprochen gestellte Frage um den Erhalt der eigenen Unversehrtheit, dem Unverletzt-Bleiben.

Es geht im ethischen Diskurs auch um das Wahrnehmen oder die Achtsamkeit dafür, wie das eigene wirtschaftliche Streben die Grundlagen und Bedingungen des Lebens von Menschen beeinflusst und wie die weltweiten Vernetzungen und Abhängigkeiten der Märkte dem Leben dienlich oder auch nicht sind.

A Neue Lernorte

Die demografische Entwicklung der alternden Gesellschaft mit der Entwicklung hin zu personellen Engpässen in den Fachberufen, fordert heute und künftig ein hohes Maß an sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten, den sogenannten Schlüsselkompetenzen. Besonders gilt das für all die Positionen in kleinen, mittelständischen und

großen Betrieben einschließlich diakonischer Unternehmen für die Führungs- und Leitungsebenen. Der Zivildienst, in seiner besonderen Form als pflichtiger Ersatzdienst für den Grundwehrdienst und als Lernort des Sozialen wie der eigenen Persönlichkeitsbildung, hat hier in der Vergangenheit einen besonderen Beitrag geleistet. Für junge Frauen galt dies nicht minder für das Freiwillige Soziale Jahr. Ob der Bundesfreiwilligendienst, der sich an eine breitere Zielgruppe richtet, mit seinen Veränderungen diesen, für das Leben in der Gesellschaft so wichtigen, Beitrag künftig leisten können wird bleibt offen. Unter den neuen Bedingungen ist dieser Aspekt des Lernortes im Sozialen stärker zu bedenken. Hier kann Diakonie eine interessante Rolle spielen, wenn sie in Kooperationen mit Handwerkskammern und IHK Angebote unterbreiten kann, die sozialen Kompetenzen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu fördern und zu stärken.

Für die Ausbildungen in anderen Betrieben könnten die Erfahrungen diakonischer Ausbildungsstätten nutzbar werden. Seit Wichern und Fliedner wird ausgebildet – für die

eigenen Personalbedarfe und darüber hinaus. In den Ausbildungsgängen wurde neben der zu vermittelnden Fachlichkeit immer besonderer Wert auf die Förderung der sozialen Kompetenzen der Auszubildenden gelegt: ihre Fähigkeiten zu tiefer „Compassion“, zu Mitleid, Mitmenschlichkeit, Mitverantwortung, zur Hinwendung und Wahrnehmung, zur Kommunikation, zu Glaube-Liebe-Hoffnung werden geformt und weitergebildet. Fähigkeiten, die gleichermaßen in Produktion, Technik, Dienstleistung und Handwerk gebraucht werden. Sie sind Grundhaltung in den Berufen, in denen es darum geht, mit Menschen gemeinsam ihrem Leben dienliche Bedingungen zu schaffen. Die Pflege ist ein solcher Bereich und die Pädagogik ein anderer. Darin liegt die Legitimation diakonischer Schulen und Institute zur Aus-, Fort- und Weiterbildung, aber auch zur Allgemeinbildung. Die Berufsbildungswerke, die Berufsfindungsangebote, die Kranken- und Pflegefachschulen der diakonischen Träger und besonders das IBAF mit seiner Vielzahl von Angeboten beruflicher Ausbildung bieten kognitive, soziale und praktische Lernfelder und Erfahrungsräume, von denen die Arbeitswelt profitieren kann. Sie

sollten verstärkt zu Angeboten neuer Lernorte in Wirtschaft und Gesellschaft werden.

B Lebenslagen Alleinerziehender im ländlichen Raum

In 2010 war das europäische Jahr gegen Armut und sozialer Ausgrenzung. Wir haben innerhalb der Diakonie, sowohl seitens des Landesverbandes als auch in den Diakonien der Kirchenkreise aufgegriffen und nach lebensdienlichen Strukturen gefragt für diejenigen, deren Lebenslagen zu sozialer Ausgrenzung als nicht vollumfängliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung, Kultur und medizinischer Versorgung führen können oder führen. Ein Produkt des Versuches gemeinsam mit denen, um die es geht, ihre Lebenslagen darzustellen und diskursiv fähig zu machen, ist unsere Fotoausstellung, in der Bilder zu Worte kommen, die von denen öffentlich gemacht wurden, um deren Lebenssituationen es geht.

Ein anderes Produkt soll eine umfassende Sozialanalyse sein. Wir haben zum einen festgestellt, dass das Land Schleswig-Holstein seit mehr als 10 Jahren kein Monitoring

der sozialen Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger durchführt. Zum anderen haben Gespräche mit politisch Verantwortlichen eine erkennbar geringe Neigung deutlich werden lassen, in Schleswig-Holstein ein umfassendes Sozialmonitoring durchzuführen. Politiken des Sozialen werden auch künftig im Grunde nicht als Ergebnisse von Analysen und daraus gezogenen strategischen Ableitungen erfolgen.

Lediglich die Evaluierung des Zukunftsprogramms Arbeit in den Jahren 2007 bis 2010 bietet neuere Daten auch zur Erwerbstätigkeit von Frauen. Der Bericht hält für den Betrachtungszeitraum deutliche geschlechterspezifische Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern fest. Die Erwerbsquote von Frauen (15 - 65 Jahre) liegt mit 66 % deutlich niedriger als die Erwerbsquote der Männer mit 76%. Hingegen stellen Frauen rund drei Viertel aller Personen, die teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind. Frauen stellen demgegenüber nur ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten. Frauen „besetzen“ die sozialen Berufe und Männer die technischen Berufe. Das hat langfristige Auswirkungen auf die Einkommensverteilung und

kann ein Indikator für ein künftiges Ansteigen von Frauenarmutslebenslagen im Alter sein. Hier setzt unsere Untersuchung ein. Wir können nicht ein umfängliches Monitoring durchführen und haben uns dazu entschieden, die Lebenslagen von alleinerziehenden Frauen (und so möglich Männern) und ihrer Kinder im ländlichen Raum zu untersuchen. Kinder und Alleinerziehende sind die Gruppe, deren Armutsgefährdungspotenzial deutlich höher ist als das anderer Gruppen. Der ländliche Raum ist dabei wichtig, da die Aufarbeitung der Frage, welche Bedeutung und Auswirkungen spezifische Faktoren ländlicher Räume auf Armutslebenslagen noch aussteht. In der Regel beziehen sich entsprechende Untersuchungen auf den städtischen Bereich und nur vereinzelt betrachten Studien Armutslebenslagen im ländlichen Kontext⁶.

Eine große Chance, das Armutsrisiko zu mindern, liegt in der Aufnahme von Erwerbstätigkeit. In Schleswig-Holstein sind gut 63 % der 52.600 alleinerziehenden Mütter berufstätig. Die Beteiligung am Erwerbsleben steigt bei älteren Kindern (rund 80 %

der Mütter mit 15 - 17 jährigen Kindern) und nimmt ab bei Kindern mit 3 Jahren und jünger (hier sind es nur rund 16 % der Mütter). Mütter mit kleinen Kindern sind augenscheinlich stärker armutsgefährdet als andere. Für Ein-Eltern-Familien stellt sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch einmal als gewichtigere Herausforderung. Das Konzept des Lebenslagenmonitorings nimmt nicht nur den Aspekt Erwerbsarbeit in den Blick. Es will auch die Dimensionen von Bildung/Weiterbildung, Wohnen, Gesundheit, Mobilität, soziales Kapital und anderes in den Blick nehmen. Infrastruktur- und Lebenslagendaten sollen in den Blick genommen und in Beziehung gesetzt werden. Erst dadurch werden Strategien, Politiken und Maßnahmen möglich, die helfen können, das Armutsrisiko von Kindern und Alleinerziehenden zu mindern.

Das Projekt können wir nicht allein durchführen. Hinsichtlich der wissenschaftlichen Begleitung werden wir mit der CAU (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) kooperieren. Wir brauchen auch die für unsere Zielgruppe relevanten Akteure des jeweiligen Sozialraums im Boot. Dazu gehören

Kirchengemeinden, soziale Dienste der Diakonie und anderer Verbände, der Kreise, der Kommunen, Beratungsstellen, Familienbildung, Landfrauen und Jobcenter, um nur einige zu nennen. Ihnen und den politisch Verantwortlichen kommt auch die Rolle zu, Alleinerziehende zu motivieren, sich aktiv in den ausgewählten ländlichen Regionen und der städtischen Vergleichsregion an der Studie zu beteiligen.

Wir wollen in dieser Studie nicht den Defizitbeschreibungen eine weitere hinzufügen. Absicht ist es ressourcenorientiert gemeinsam mit der Zielgruppe zu arbeiten, um Handlungsoptionen zu eröffnen. Der Ansatz will betroffenen Frauen eine Unterbrechung der Endlosschleife von festgestelltem Unvermögen, fehlender Motivation, Verweigerung, Hoffnungs-, Chancen- und Perspektivlosigkeit eröffnen. Daher wird es um qualitative und quantitative Methoden der Forschung gehen, um die Stärken der Ansätze zu kombinieren und die Schwächen auszugleichen.

Im Ergebnis könnte dabei eine Verschränkung mit einem weiteren Projekt möglich sein, das zusammen mit der Regionaldirek-

⁶ So Marlis Winkler in ihrer Studie: Nähe, die beschämt-Armut auf dem Land, Berlin 2010

tion Nord der Arbeitsagentur entwickelt werden soll. In diesem Projekt geht es darum, für Menschen, die trotz Stabilisierung des Erwerbsarbeitsmarktes in der Erwerbslosigkeit stecken bleiben, in den diakonischen Unternehmen der Sozialwirtschaft, aber auch in den kirchlichen und diakonischen Diensten und in anderen Bereichen der Wohlfahrtspflege, Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt anzubieten. Auch hier ließe sich die Diskursfähigkeit erfahren.

C Gender und Diversity

Diversity works oder Vielfalt arbeitet und bringt Schwung ins Unternehmen.⁷Schwung aufnehmen kann heißen, auch im eigenen diakonischen Unternehmen, Dienst oder im Landesverband sich mit offenen Augen, mit Respekt vor der Einzigartigkeit des Gegenübers und der Vielfalt der geistigen und körperlichen Fähigkeiten, der Ausbildungen, der Lebenserfahrungen des Alters, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der weltanschaulich-religiösen Grundhaltungen, der

7 So die prove Unternehmensberatung in Wien, deren Folder zum Thema aus Mitteln der Beschäftigungsoffensive der österreichischen Bundesregierung und Mitteln des ESF finanziert wurde.

Meinungen und Vorlieben, der Orientierungen in Partnerschaft, Familie und Freundschaft zu begegnen. Aus der Sicherheit gewachsener Vertrautheit herauszutreten kann als Zumutung erlebt werden und Ängste schüren. Ängste, die Ausdruck der Unsicherheit des Wohin sein können. Ob wir es wollen oder nicht. Ob wir es als „Mehrwert“ der Möglichkeiten ansehen oder als Zumutung – Diversity works auch bei uns. Mit der Vielfalt unterwegs sein, sie anzuerkennen und nicht zu diskriminieren nötigt umzulernen und alte Haltungen aufzugeben. Wir brauchen ein Mehr an interkulturellen Kompetenzen, weil Vielfalt und Verschiedenheit Aspekte von Chancengleichheit und kultureller Ressourcen sind. Immer mehr Unternehmen schließen sich den Aufforderungen der Charta der Vielfalt an. Sie wollen ein Umfeld in ihren Betrieben schaffen, das getragen sein soll von Akzeptanz, Vertrauen und Wertschätzung jedes einzelnen Mitarbeiters und jeder einzelnen Mitarbeiterin in ihrer Einzigartigkeit. Sie wollen in ihrer Personalentwicklung die vielfältigen Potenziale fördern, weil sie überzeugt davon sind, dass „gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt (...) eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft (hat) (...).“

Vielfalt und Verschiedenheit haben Einzug gehalten in alle gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen. Sie haben auch vor unseren Türen nicht Halt gemacht. Als Landesverband müssen wir uns diesen Realitäten stellen, um unseren Mitgliedern auch in der Zukunft kompetenter Partner bleiben zu können. „Diversity Management bietet Orientierung und Instrumente, um Bedingungen zu schaffen, unter denen alle Beschäftigte ihre Leistungsbereitschaft und -fähigkeit besser entwickeln, entfalten und in die Arbeitsprozesse integrieren zu können“ (Kompendium Diversity Management). Im Landesverband haben wir diesen Lern- und Veränderungsprozess angestoßen. Er ist nicht nur auf Begeisterung gestoßen. Wir hoffen mit einem durch die CAU-Kiel begleiteten Fragebogen Antworten zu bekommen auf die Fragen nach der vorhandenen Vielfalt und der Potentiale, um verschiedene Erkenntnisse und Erfahrungen nutzbar machen zu können für Innovationen und Kreativität.

V. Schlussbemerkungen

Ich rufe noch einmal die Fürbitte in Erinnerung und damit die Frage, wie Wirtschaften als Ausdruck der Beschaffung von Lebensmitteln als Mittel zum Zweck des guten Lebens betrachtet werden kann und wie die Dichotomie von hier Ökonomie und dort Ethik aufgelöst werden kann. Es gibt nicht den Ökonomie und den Ethik freien Raum. Handeln auch in der Diakonie muss diese Dimensionen beieinander behalten, will sie nicht als ideologisch verdächtig werden.

Der Schweizer Sozial- und Wirtschaftsethiker Rich beschreibt Glaube, Liebe, Hoffnung als Grundbegriffe ethischer Reflexion. Er unterstreicht, dass neben der spezifisch christlichen Deutung die drei Begriffe einen allgemeinmenschlichen Erfahrungshorizont⁸ beschreiben, in dem Menschen eine Orientierung ihrer personalen und sozialen Existenz gewinnen. Glaube ist in seinem Grundsinne „ein von Liebe getragener Vertrauensakt“ und hat damit dialogische Strukturen. Mit Glauben hängt Hoffnung zusammen als Vertrauen in die Zukunft. In der

Liebe sind Glaube und Hoffnung gegenwärtig, weil Liebe nur als Gegenwärtiges geübt und erfahren werden kann. Glaube, Liebe, Hoffnung sind „unabdingliche Existenzialien menschlicher Existenz“ (Rich). Über diese unabdingbaren Existenzialien kommuniziert sich Diakonie als „Überzeugungserfahrung, als (sie) sich selbstkritisch und doch entschieden zu (ihrer) Sache bekennt, ohne einen Bekenntniszwang ausüben zu wollen“. Sie ist erkennbar, ohne ideologisch zu werden, weil sie Überzeugungen präsentiert, hinter der reale Lebenserfahrungen stehen. Für Christen bleiben diese drei Begriffe immer im Horizont des Reiches Gottes verortet. Glaube wird von der Dimension der Gottesbeziehung gefüllt, durch ihn wird christliches Leben anschlussfähig an das Weltgeschehen, an Gutes und Böses, Leiden und Kontingenz. Liebe korrespondiert dem Christusgeschehen, seiner Hingabe und seinem Gehorsam, denn „also hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen eingeborenen Sohn gab“. Die Präsenz und Wirksamkeit dieser Liebe äußert sich in Handeln und in Strukturen, die dem Leben dienen, also lebensdienlich sind. Hoffnung richtet den Blick in die Zukunft. Sie auf sich zukom-

men zu lassen oder ihr entgegenzugehen geschieht getragen von Glaube und Liebe (anschlussfähig und lebensdienlich) und im Wissen darum, dass der Geist, der Paraklet, den Christus als seine Präsenz versprochen hat, wirkt und da ist. Das Vertrauen auf den Geist, der lebendig macht, eröffnet die Fähigkeit zum Diskurs mit anderen Religionen, Weltanschauungen und Normen und bewahrt vor ideologischer Engführung.

Rendsburg im Oktober 2011



Landespastorin Petra Thobaben
Sprecherin des Vorstands des
Diakonischen Werks –
Landesverband der Inneren Mission e.V.

⁸ Vgl. dazu Arthur Rich: Wirtschaftsethik I: Humanität aus Glauben, Hoffnung Liebe

Herausgeber

Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Kanalufer 48
24768 Rendsburg
Telefon 04331 593-0
Telefax 04331 593-244
presse@diakonie-sh.de
www.diakonie-sh.de

Satz

Nicola Paustian
Diakonisches Werk Schleswig-Holstein

Rendsburg, Oktober 2011

Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Kanalufer 48
24768 Rendsburg
Telefon 04331 593-0
Telefax 04331 593-244
presse@diakonie-sh.de
www.diakonie-sh.de

Mitgliederversammlung
Rendsburg,
27. Oktober 2011